



## **ZUR SOFORTIGEN VERÖFFENTLICHUNG**

# Finanztransaktionssteuer Der EU-Vorschlag verfehlt sein Ziel – Anstatt Banken werden wahrscheinlich die EU-Bürger zur Kasse gebeten

**Brüssel, 7. März 2013** – EuroFinUse unterstützt das Kernziel der europäischen Finanztransaktionssteuer (Financial Transaction Tax – FTT), „sicherzustellen, dass die Finanzinstitute angemessen und in beträchtlichem Umfang an den Kosten der jüngsten Krise beteiligt werden...und die Realwirtschaft, KMU, Haushalte usw. nicht besteuert werden“.

Dennoch ist EuroFinUse sehr besorgt angesichts der Tatsache, dass der jüngste Vorschlag der Europäischen Kommission dieses Ziel in keiner Weise erfüllt und – auch in diesem Fall – wahrscheinlich die EU-Bürger und nicht die Finanzinstitute den größten Teil der Finanztransaktionssteuer zahlen müssen.

EuroFinUse ersucht daher die europäischen Behörden:

- EU-Bürger (d. h. nicht-professionelle Privatanleger) von der Finanztransaktionssteuer klar auszuschließen. Tatsächlich untersagt der Vorschlag der Europäischen Kommission den Finanzinstituten nicht, EU-Bürgern, die mit finanziellen Instrumenten handeln, diese Steuer direkt oder indirekt zu berechnen. Die auf Ebene der Mitgliedstaaten (u. a. Großbritannien, Belgien und Frankreich) bestehenden Finanztransaktionssteuern werden überwiegend von Kleinanlegern gezahlt;
- Die erstaunliche Ausnahmeregelung für den größten Finanzmarkt der Welt, den Devisenspotmarkt, abzuschaffen – dessen Handelsvolumen ca. 1,5 Billionen Dollar pro Jahr beträgt, was dem Sechsfachen des weltweiten Aktienhandels

entspricht – und der sich zudem überwiegend in den Händen der Finanzinstitute befindet;

- Sicherzustellen, dass der gesamte Hochfrequenzhandel (High Frequency Trades – HFT) und Freiverkehr (Over-The-Counter – OTC), einschließlich des Handels, der keinen Transparenzvorschriften unterliegt – etwa große Aktiengeschäfte –, in den Anwendungsbereich der Finanztransaktionssteuer fällt. Die Aufgabe, alle Transaktionen mithilfe der gegenwärtigen Handelsberichtssysteme direkt zu veranlassen, scheint in der Tat eine große Herausforderung darzustellen. Die betreffenden Transaktionen werden zum großen Teil von den Finanzinstituten selbst und nicht von den eigentlichen Marktteilnehmern durchgeführt;
- Massive Aufsichtsarbitrage und Steuerumgehung zu vermeiden, indem alle EU-Mitgliedstaaten und alle wichtigen Finanzzentren in den Anwendungsbereich einbezogen und diesbezüglich Verhandlungen mit anderen Finanzzentren außerhalb der EU geführt werden. Anderenfalls droht eine Situation, in der die europäische Wirtschaft insgesamt nur verlieren kann;
- Den EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern in leicht verständlicher Sprache zu vermitteln, warum für Derivate nur ein Zehntel der Steuern anfallen, die für die zugrunde liegenden Wertpapiere fällig werden, wenn man insbesondere bedenkt, dass der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wert des gesamten Derivatehandels – der erheblich umfangreicher als der Handel mit den zugrunde liegenden Instrumenten ist – zum großen Teil bestenfalls fragwürdig ist.

\*\*\*\*\*

Kontaktinformationen:

Communications Officer  
Telefon  
E-Mail

Arnaud Houdmont  
0032 (0)2 514 37 77  
[houdmont@betterfinance.eu](mailto:houdmont@betterfinance.eu)

